

Schweiz

In Zürich entscheidet sich, ob der Bund im Sprachenstreit eingreifen muss

Ein Ja zur kantonalen Fremdspracheninitiative hätte weitreichende Folgen. Doch eine Bundesintervention hat bereits im Bundesrat Gegner.

Raphaëla Birrer

Im Streit um die Fremdsprachen in der Primarschule ist der Thurgau schweizweit in die Kritik geraten. Dass das Kantonsparlament das Französisch auf die Oberstufe verschieben will, hat Anfang Mai für einiges Aufsehen gesorgt. Dabei steht in einem anderen Kanton viel rascher viel mehr auf dem Spiel: In Zürich entscheidet das Stimmvolk am Sonntag über die Fremdspracheninitiative. Sie verlangt, dass entweder Englisch oder Französisch erst auf der Sekundarstufe eingeführt wird - welche Sprache es sein soll, lässt das Volksbegehren offen. Die Entscheidung läge beim Regierungsrat. Und der hat sie bereits vor dem Urnengang getroffen: Er würde im Unterschied zum Thurgau das Englisch aus der Primarstufe streichen.

Das erklärt zwar, warum es in der restlichen Schweiz vergleichsweise ruhig bleibt vor dem Zürcher Urnengang. Die Romandie ist besänftigt, dass das Französisch bei einem Ja ungefährdet scheint. Doch die Umsetzungsvariante des Zürcher Regierungsrats löst die Probleme nicht - im Gegenteil. Würde sich die Bevölkerung des grössten Kantons dafür aussprechen, künftig auf Primarstufe nur noch eine Fremdsprache einzuführen, hätte das landesweit einschneidende Konsequenzen.

Es droht ein Scherbenhaufen

Seit einem Jahrzehnt bemühen sich die Kantone darum, das Schulwesen zu harmonisieren. Dazu sind sie per Verfassung verpflichtet. Um den Volksauftrag aus dem Jahr 2006 umzusetzen, haben die Kantone die «Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule» verabschiedet, der heute neben Zürich 14 weitere Kantone angehören. Dieses sogenannte Harnos-Konkordat regelt auch die Sprachenfrage: Es legt fest, dass die erste Fremdsprache ab der dritten und die zweite ab der fünften Klasse unterrichtet werden muss. Das entspricht dem Sprachenkompromiss von 2004, zu dem sich 22 Kantone bekennen.

Gegen all diese Verpflichtungen würde Zürich verstossen, wenn die Initiative angenommen würde. Und im Unterschied zum Thurgau, wo das Anliegen noch im Parlament ist, wäre dies bereits ein Volksentscheid. Damit stünden die Kantone vor einem Scherbenhaufen. Denn bereits heute ist klar: Schert der grösste Kanton in dieser Grundsatzfrage aus, werden andere folgen. Zu gross ist vielerorts der Unmut darüber, dass auf Primarstufe zwei Fremdsprachen unterrichtet werden. Das Harnos-Konkordat und der Sprachenkompromiss wären dann Makulatur.



Wenn die Zürcher keine zweite Fremdsprache in der Primarschule mehr wollen, wird der Sprachenkompromiss zwischen den Kantonen zur Makulatur. Foto: Urs Jaudas

Offen ist noch, ob der Bund unmittelbar nach dem Zürcher Entscheid eingreifen müsste. Die Verfassung sieht dies für den Fall vor, dass die Kantone ihre Bildungsziele nicht harmonisieren. Innenminister Alain Berset (SP) hat vor einem Jahr mit einer Intervention gedroht, diese aber vorerst auf Eis gelegt - in der Hoffnung, die Kantone besännen sich auf den Kompromiss. Gemäss Bernhard Ehrenzeller, Experte für Bildungsrecht, würde Zürich mit einer Annahme der Initiative gegen die bundesrechtliche Harmonisierungspflicht verstossen. «Die Bundesbehörden wären in diesem Fall grundsätzlich verpflichtet, zu handeln. Ein gewisser Ermessensspielraum steht ihnen allerdings wohl zu, vor allem in Bezug auf den Zeitpunkt des Eingreifens», sagt der Professor der Uni St. Gallen.

Doch weil der richtige Zeitpunkt heikel ist, bleibt es in Bundesbern vor der Zürcher Abstimmung seltsam still. Einzig die SP macht Druck: Nach dem Thurgauer Parlamentsentscheid forderte die Partei vor zwei Wochen, der Bund müsse nun seine verfassungsmässigen Kompetenzen wahrnehmen und «die notwendigen Vorschriften» erlassen. Wenn auch noch die Zürcher Initiative angenommen werde, müsste der Bund «unverzüglich reagieren», sagt der Walliser SP-Nationalrat Mathias Reynard. Und sein Berner Parteikollege Matthias Aebischer zeigt sich besorgt: «Verschiebt der Thurgau das Französisch und Zürich das Englisch auf die Oberstufe, dividieren sich die Kantone maximal auseinander. Östlich der Reuss entstünde ein sprachliches Flickwerk.» Auch für Berset selbst wäre

die Umsetzung des Zürcher Volksbegehrens erklärermassen eine rote Linie.

Indes: Berset müsste mehrere Hürden nehmen, um eine Bundesintervention tatsächlich durchzusetzen. Die erste wäre der Bundesrat. Dort scheint gemäss gut unterrichteter Quellen zurzeit eine knappe Mehrheit möglich. Der Freiburger dürfte neben seiner Parteikollegin Simonetta Sommaruga wohl auch auf die Unterstützung der beiden welschen Magistraten Didier Burkhalter (FDP) und Guy Parmelin (SVP) zählen. Letzterer steht in dieser Frage zwar parteiintern unter Druck, weil die SVP in den Kantonen an vorderster Front für die Abschaffung des Frühfranzösisch kämpft. Doch Parmelin fühlt sich wie Burkhalter auch seiner Herkunft verpflichtet. Selbst wenn es Berset mit dieser welschen Soli-

Schon heute ist klar: Schert der grösste Kanton in dieser Grundsatzfrage aus, werden andere folgen.

darität für einen Interventionsbeschluss reichte: Dem Vorhaben stünden gewichtige Bedenken gegenüber. Neben Ueli Maurer (SVP) und Doris Leuthard (CVP) ist pikanterweise ausgerechnet Bildungsminister Johann Schneider-Ammann (FDP) dagegen. Bleibe die Mehrheit im Bundesrat so knapp, werde der gewiefte Taktiker Berset sich hüten, mit einer staatspolitisch derart heiklen Vorlage ins Parlament - und später vors Volk - zu gehen, sind sich Dossiervertraute einig.

So dürfte der Bundesrat das Problem auch nach einem Zürcher Ja vorerst aussetzen. «Niemand hat wirklich Lust darauf, diese Debatte auf nationaler Ebene zu führen», sagt die Zürcher CVP-Nationalrätin Kathy Riklin. Und FDP-Ständerat Joachim Eder fragt stellvertretend für einen Grossteil der Bundespolitiker: «Lohnt es sich, dafür das Zerwürfnis in der Bevölkerung in Kauf zu nehmen?»



Didier Burkhalter
Aussenminister



Alain Berset
Innenminister



Guy Parmelin
Verteidigungsminister

Fifa-Kritiker im Bundeshaus sind ratlos

Der abgesetzte Chefermittler Cornel Borbély fordert ein Eingreifen des Parlaments. Doch dieses hat nur eine Woche vor dem Fifa-Kongress alle Reformvorstösse gekippt.

Martin Wilhelm

Oft ist kein Problem zu klein, um von der Politik angepackt zu werden. Im Fall des Weltfußballverbands Fifa sieht aber eine stabile Allianz von der SVP bis weit in die CVP hinein keinen Handlungsbedarf. Erst vorletzte Woche hat der Nationalrat drei Vorstösse abgelehnt, die strengere Vorschriften für internationale Sportverbände wie die Fifa verlangten. Während die Baselbieterin Susanne Leutenegger Oberholzer (SP) eine Aufsicht über die Sportverbände forderte, wollte der Genfer Carlo Sommaruga (SP) diesen untersagen, in der Rechtsform des Vereins kommerzielle Geschäfte zu tätigen. Die grüne Fraktion wiederum wollte den Bundesrat prüfen lassen, ob für Sportverbände mit derart

hohen Umsätzen eine andere Rechtsform oder ob ein spezielles Sportverbandsrecht angemessen wäre.

Die Reformgegner mussten sich in der Sondersession aber nicht einmal die Mühe machen, das Wort zu ergreifen. Die Vorstösse waren chancenlos. Das stand bereits fest, seit der Nationalrat in der Frühlingsession ein weniger weit gehendes Postulat des Aargauer Nationalrats Cédric Wermuth (SP) mit 103 zu 77 Stimmen klar abgelehnt hatte. Dieser hatte einzig eine Prüfung der geltenden

Vorschriften für internationale Sportverbände verlangt. Mit je rund 130 zu 50 Stimmen fiel das Nein zu den drei weiteren Vorstössen denn nun auch noch deutlicher aus.

«Politik muss Fragen stellen»

Nur sechs Tage nach der Debatte im Nationalrat setzte das Exekutivkomitee der Fifa die Vorsitzenden der beiden Kammern ihrer Ethikkommission, den deutschen Richter Hans-Joachim Eckert und den Zürcher Rechtsanwalt Cornel

Borbély, ab, indem sie kurzfristig andere Kandidaten nominierte. In der «SonntagsZeitung» forderte Borbély, die Politik müsse nun den Druck auf die Fifa erhöhen und «die richtigen Fragen stellen». Ebenso verlangte der Basler Strafrechtsprofessor und Korruptionsexperte Mark Pieth die Prüfung einer Sonderregelung für Sportdachverbände.

Kritiker der Fifa im Parlament sind mittlerweile aber konsterniert. Der Berner SP-Nationalrat Matthias Aebischer (SP) kündigte in der «SonntagsZeitung»

zwar neue Vorstösse an, und auch Wermuth will in der Sommersession nochmals das Gespräch mit Vertretern der bürgerlichen Parteien suchen. Letzterer macht sich aber nur geringe Hoffnungen auf einen Stimmungsumschwung. Eines weiteren Beweises dafür, dass die Fifa im Bereich der Corporate Governance nicht reformfähig sei, hätte es nicht bedurft, sagt Wermuth. Der Nationalrat weigere sich auch nur, anzuerkennen, dass ein Problem bestehe. «Wir sind da etwas ratlos.»

«Interne Probleme»

SVP-Nationalrat Felix Müri, der Wermuths Vorstoss in der Frühlingsession erfolgreich bekämpfte, lässt keinen Zweifel daran, dass sich an der Haltung seiner Partei nichts geändert hat. «Es ist nicht die Aufgabe der Politik, interne Probleme der Fifa zu lösen.» Den internationalen Sportverbänden eine andere Rechtsform vorzuschreiben oder «eine Sonderrechtsform innerhalb der Vereine» zu schaffen, lehnt Müri ab. «Wir können nicht jedes Mal, wenn ein Verein oder eine GmbH Probleme hat, spezielle Reglemente schaffen.»

Mit der Masse Wie der Schweizer Verbandspräsident Peter Gilliéron stimmte

Auch der Schweizer Verbandspräsident Peter Gilliéron hat sich nicht dagegen gewehrt, dass mit Chefermittler Borbély und Richter Eckert die zwei wichtigsten Personen aus der Fifa-Ethikkommission bugsiert werden.

Mit seiner Stimme für die Nachfolger Maria Claudia Rojas (Kolumbien) und dem Griechen Vassilios Kouris folgte Gilliéron der Empfehlung des europäischen Fussballverbandes Uefa. Auf die Frage, weshalb er sich nicht gegen den offiziellen Vorschlag gestellt und für den Verbleib von Borbély und Eckert

votiert habe, schrieb Gilliéron in einer Stellungnahme: «Wir fühlen uns weniger dazu verpflichtet, der Öffentlichkeit zu folgen als den Empfehlungen von Fachgremien, die über detaillierte Dossierkenntnisse verfügen.»

Für Gilliéron sind die Dossiers von Rojas und Kouris «sehr gut», deshalb hätten die beiden eine Chance verdient. Die Wahl der beiden sei ausserdem «alles andere als gleichbedeutend damit, dass jetzt der Reform-Prozess gestoppt worden wäre», die Ethikkommission sei ja weiterhin tätig.

Das ist sie, allerdings ruhen jetzt die Dossiers faktisch, bis die Nachfolger eingearbeitet sind. Ob Borbély/Eckert wegmussten, damit sie hohen Funktionären nicht mehr gefährlich werden können? Diese Frage haben sich Gilliéron und einige seiner Uefa-Kollegen offenbar auch gestellt: «Uns wurde versichert, dass es sich um keine Abstrafung handle.» Nach den Ereignissen der letzten Tage will er Fifa und Uefa gleichwohl «weiter zum Vorgehen befragen, allerdings ohne medienwirksamen Knalleffekt». (uk.)